



EAK
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
UND FRIEDEN

PROTESTANT ASSOCIATION
FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION AND PEACE



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

NEWSLETTER

Friedensbildung, Bundeswehr & Schule

Ein AGDF- und EAK-Projekt

12. Ausgabe November 2011



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Aktuelles aus dem Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr und Schule“	3
Treffen des Beirats	3
Weihnachtsferien	3
Informationen „aus aller Welt“ zum Thema Friedensbildung, Bundeswehr & Schule	3
Richtigstellung	3
Bundeswehr in Bremer Schulen	3
Keine Kooperationsvereinbarung in Schleswig-Holstein geplant	4
Hessischer Landtag bekundet sich solidarisch mit Soldatinnen und Soldaten	4
Grüne in Niedersachsen fordern Verbot von Bundeswehraktivitäten an niedersächsischen Bildungseinrichtungen	4
Petition des bayerischen Elternverbands zu Besuchen der Bundeswehr an Schulen	5
Einsätze der Jugendoffiziere im 4.Quartal 2011	5
Sonstiges	5
Neue Ausführungen zum Waffengesetz beschlossen	5
Werbefilm der Bundeswehr sorgt für Ärger	5
Bundeswehr benutzt keine Video- oder Computerspiele für Öffentlichkeitsarbeit?	6
Artikel zu den Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr	6
Herausforderungen für die Personalgewinnung der Bundeswehr	6
Schulische Bildung der Bewerber für Bundeswehr nicht wichtig	7
Bundesweiter Bildungsstreik	7
Broschüre der LINKEN „Aktiv für den Frieden- Bundeswehr raus aus den Schulen“	7
Power-Point Präsentation des Bündnisses „Schule ohne Bundeswehr NRW“	7
Musterbrief zur Verweigerung der Datenfreigabe an das Bundesamt für Wehrverwaltung	7
Lehrerfortbildung zum Thema „Bundeswehr an Schulen“	8

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

im letzten Newsletter habe ich geschrieben, ein Weg der Bundeswehr „Jugendliche für sich zu gewinnen, spielt mit dem Image des deutschen Militärs. Noch immer herrscht in Deutschland das Bild vor, dass „unsere“ Soldaten in erster Linie Helfer sind. Dass Töten und u.U. auch Getötet-Werden zu dem Beruf „Soldat“ – ganz gleich, welcher Nation er angehört – wesensmäßig dazu gehört, wird dagegen gerne verschwiegen.“ - Ob die Bundeswehr das gelesen hat?

Zumindest ist im November ein Video-Clip der Bundeswehr auf dem YouTube-Kanal der Bundesregierung erschienen, in dem die Gewalt des Krieges in keiner Weise verschwiegen, sondern geradezu verherrlicht wird. Unter der Überschrift „Wir zeigen, was ihre Armee leistet“ war das Video eingestellt. Bilder von Bomben werfenden Flugzeugen, von Soldaten im Kampfeinsatz und von explodierenden Panzern, untermalt mit Heavy Metall Musik, wechseln sich darin ab mit Bildern von einer Soldatenparade mit deutscher Nationalhymne.

Wozu machen wir, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sich eigentlich Gedanken über die Auswirkungen gewaltsamer Computerspiele, wenn zugleich auf offiziellen Regierungsseiten solch ein Video eingestellt werden kann?

Das Verteidigungsministerium wies Kritik an dem Video zurück. Der Clip sei realistisch und zeitgemäß.

Realistisch und zeitgemäß?

Ich frage mich, mit welchem Zweck solch ein Video hergestellt und veröffentlicht wird. Dazu, einen „realistischen“ Bericht vom Kriegseinsatz zu geben, ja wohl kaum – wer sich in der Schule schon einmal mit dem Charakter des „Berichts“ beschäftigt hat, weiß von dessen sachlichem Stil. Sollen mit dem Clip also Jugendliche vom Krieg fasziniert werden? Ist der Clip eine der Werbemaßnahmen der Bundeswehr, wie es so viele in den letzten Monaten gegeben hat?

Immerhin sorgte Kritik von verschiedenen Seiten dafür, dass das Video schnell wieder von der Regierungsseite entfernt wurde. Und immerhin hat das Video in der deutschen Presse für Aufsehen gesorgt. Vielleicht können wir - bei allem Ärger über den Clip - über eben diesen mit Menschen ins Gespräch kommen über die Frage nach der Rolle der Bundeswehr in unserer Gesellschaft?

Maria Baum

Impressum

Geschäftsstelle AGDF & EAK
Verein für Friedensarbeit im
Raum der EKD
Endenicher Straße 41
D - 53115 Bonn
Tel.: 0228 / 24 999-0
Fax: 0228 / 24 999-20

info@friedensbildung-schule.de

V. i. S. d. P.:

Maria Baum, Projektleiterin
baum@friedensbildung-schule.de

Aktuelles aus dem Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr und Schule“

Treffen des Beirats

Am 18. November traf sich der Beirat unseres Projektes in Hannover. Inhaltlich wurde unter anderem über die beiden Teilprojekte Materialsichtung und -erstellung sowie Aufbau und Unterstützung regionaler Referent/innen-Pools diskutiert. Deutlich wurde, dass als Referent/innen sehr verschiedene Personengruppen in Frage kommen, seien es Aktive der Friedensbewegung, zurückgekehrte Freiwillige, engagierte Lehrerinnen und Lehrer, Künstler/innen und und und. Diese werden unterschiedliche Formate und Inhalte für die Schulen anbieten. Auch entwickeln sich vor Ort in den Regionen vielfältige Netzwerke, die verschiedene Unterstützung benötigen werden. Trotzdem bedarf es einer gemeinsamen Grundlage oder "Standards", solche werden derzeit innerhalb des Projektes als "Leitbild" diskutiert. Wobei es auch hierbei Unterschiede gibt: Wenn jemand als Referent eingeladen wird, und die Lehrerin weiterhin die pädagogische Verantwortung hat, dann ist es vor allem wichtig, authentisch und fachlich fundiert aufzutreten. Wenn eine Trainerin aber auch pädagogische Verantwortung, z.B. im Rahmen einer Projektwoche übernimmt, dann muss sie sich auch anderen, vor allem auch pädagogischen Standards unterwerfen.

Wir werden daher weiter an Standards und diesem Leitbild arbeiten, welches Grundlage innerhalb des Projektes sein soll. Im weiteren Verlauf des Projektes wird der Erfahrungsaustausch zwischen den Netzwerken in den Regionen wichtiger werden, dafür sollten dann bedarfsgerechte Formen, wie Austauschtreffen, Studientage etc. gefunden werden.

Bernd Rieche

Weihnachtsferien

Der nächste Newsletter wird im Januar 2012 erscheinen, da auch wir Weihnachtsferien machen. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine friedliche Advents- und Weihnachtszeit – und kommen Sie gut ins neue Jahr!

Informationen „aus aller Welt“ zum Thema Friedensbildung, Bundeswehr & Schule

Richtigstellung

In der letzten Ausgabe unseres Newsletters (Newsletter XI, Projekt Friedensbildung, Bundeswehr und Schule) ist uns in dem Artikel „Vier Kultusministerien äußern sich zu Kooperationsvereinbarungen“ ein Fehler unterlaufen. Die Anfragen waren von der Martin-Niemöller Stiftung in Wiesbaden an die Kultusministerien gestellt worden, nicht, wie versehentlich behauptet, vom Martin-Niemöller Haus in Berlin. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Bundeswehr in Bremer Schulen

Der Bremer Senat hat in seiner Antwort auf die große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema „Art und Umfang der Werbeoffensive“ der Bundeswehr festgehalten, dass in Bremen keine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr geplant ist. Über die derzeitige Anzahl der Besuche von Jugendoffizieren im Unterricht kann der Bremer Senat ebenso wenig Auskunft geben wie über die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die durch Jugendoffiziere erreicht worden sind. Diese Daten würden nicht erfasst, da Schulleitungen eigenständig entscheiden könnten, ob sie einen Jugendoffizier einladen, heißt es in der Antwort des Bremer Senats. Die Fraktionschefin der LINKEN in der bremischen Bürgerschaft, Kristina Vogt, kritisierte die Auskünfte des Bremer Senats und sprach von einer „rechtsfreien Zone für die Bundeswehr“ in Schulen.

Der für Bremen und das Weser-Ems-Gebiet zuständige Jugendoffizier Widukind Baier erklärte, dass er im Jahr 2010 25 Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern geführt hat. 2011 waren es bisher 10 Diskussionen.

Antwort auf die Anfrage der LINKEN:

http://www.bundeswehr-monitoring.de/fileadmin/user_upload/media/HBB18-80.pdf

Zeitungsbericht aus dem Weser-Kurier zur Parlamentsdebatte:

<http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/479958/Streit-um-Bundeswehr-in-Bremer-Schulen.html>

Das Bremer Friedensforum begrüßt die Diskussion in der Bremer Bürgerschaft. Die politische Bildung gehöre nicht in die Hand von Jugendoffizieren, hält das Friedensforum in einer Pressemitteilung fest. Das Friedensforum bietet zur „Herstellung der Ausgewogenheit“ eigene Referentinnen und Referenten an.

<http://www.bremerfriedensforum.de/20/1139/Schulfrei-fuer-die-Bundeswehr/?monat=11&tag=11&jahr=2011>

Keine Kooperationsvereinbarung in Schleswig-Holstein geplant

Die Landesregierung Schleswig-Holstein plant keine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr. Dies geht aus der Antwort auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Detlef Buder (SPD) hervor. Außerdem wurde festgehalten, dass Eltern und Schüler einen Antrag auf Befreiung vom Unterricht stellen können, wenn ein Kasernenbesuch oder der Besuch eines Jugendoffiziers ansteht. Es liegt aber im Ermessen der Schulen, ob sie diesem Antrag stattgeben.

<http://www.teachersnews.net/mediathek/file/drucksache-17-0283.pdf>

Hessischer Landtag bekundet sich solidarisch mit Soldatinnen und Soldaten

Der hessische Landtag hat einen Antrag der Fraktionen CDU und FDP angenommen, mit dem sich er sich solidarisch mit Soldatinnen und Soldaten erklärt. Darin wird vermerkt, dass der hessische Landtag „entschieden“ die Protestaktionen gegen die Bundeswehr auf dem Hessentag verurteile. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Kultusministerium „festige“ die langjährige Zusammenarbeit zwischen Staat und Bundeswehr. Schülerinnen und Schüler würden durch den Besuch von Jugendoffizieren in die Lage versetzt, mit Experten über sicherheitspolitische Fragen und allgemeine Menschenrechtsfragen zu diskutieren.

Unter folgendem Link finden Sie den Antrag der Fraktionen CDU und FDP

<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/18/4/04434.pdf>

Unter diesem Link können Sie die Debatte im hessischen Landtag zu dem Antrag nachlesen:

<http://starweb.hessen.de/cache/PLPR//18/6/00086.pdf>

Grüne in Niedersachsen fordern Verbot von Bundeswehraktivitäten an niedersächsischen Bildungseinrichtungen

Der Landesverband von Bündnis90/Die Grünen in Niedersachsen hat sich auf seiner Landesdelegiertenkonferenz gegen die Präsenz der Bundeswehr an niedersächsischen Schulen positioniert. Bündnis90/Die Grünen fordern unter anderem ein Verbot von Aktivitäten der Bundeswehr „an allen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen in Niedersachsen“. Diese Forderung soll in das Landtagswahlprogramm der Grünen aufgenommen werden. Sie sprechen sich außerdem gegen die Einbeziehung der Bundeswehr in die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern aus.

<http://verden2011.gruene-niedersachsen-ldk.de/files/2011/11/Mit-Krieg-l%C3%A4sst-sich-nicht-gut-Werbung-machen.pdf>

Petition des bayerischen Elternverbands zu Besuchen der Bundeswehr an Schulen

Der bayerische Elternverband e.V. hatte eine Petition im bayerischen Landtag zum Unterricht durch Jugendoffiziere eingereicht. Der Bildungsausschuss des bayerischen Landtags hat die Petition am 10. November behandelt und für erledigt erklärt. Eine Entscheidung des Schulforums sei in dieser Frage für den Schulleiter bindend.

<http://bayerischer-elternverband.blogspot.com/>

Einsätze der Jugendoffiziere im 4. Quartal 2011

Die Bundesregierung hat, als Antwort auf eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, einen aktualisierten Plan der Einsätze der Jugendoffiziere im 4. Quartal 2011 veröffentlicht.

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/073/1707323.pdf>

Sonstiges

Neue Ausführungen zum Waffengesetz beschlossen

Der Bundesrat hat Anfang November 2011 neue Ausführungsbestimmungen zum Waffengesetz beschlossen. Anders als in Konsequenz des Amoklaufs von Winnenden erwartet, führen die Änderungen nicht zu einer Verschärfung der Ausführungsbestimmungen, da sich die Länder nicht auf eine einheitliche Altersgrenze für die Benutzung von Waffen in Schießvereinen einigen konnten. Die Gesetzgebungskompetenz für eine Altersgrenze liegt bei dem jeweiligen Land. Das allgemeine Waffenverbot für Kinder und Jugendliche gilt für Aktivitäten in Schützenvereinen in begründeten Ausnahmefällen nicht.

http://www.bundesrat.de/cln_161/SharedDocs/Drucksachen/2011/0301-400/331-11_templateId=raw,property=publicationFile.pdf/331-11.pdf

<http://nachrichten.rp-online.de/politik/neues-waffenrecht-auch-kinder-duerfen-kuenftig-schiessen-1.2539536>

Werbefilm der Bundeswehr sorgt für Ärger

Mitte November hat die Bundesregierung auf ihrem YouTube-Kanal ein Video veröffentlicht, das schwer bewaffnete Soldaten sowie Panzer, Hubschrauber und Raketenwerfer im Einsatz zeigt. Das Video, das vom Verteidigungsministerium an das Bundespresseamt geliefert wurde, ist unterlegt mit Heavy Metal Musik und Ausschnitten aus der deutschen Nationalhymne.

Die SPD und Bündnis 90/Die Grünen reagierten kritisch auf das Video. In einer Pressemitteilung der SPD Bundestagsfraktion wird der Werbefilm als „gewaltverherrlichend“ und „geschmacklos“ bezeichnet. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen äußerte sich in ihrer Pressemitteilung ähnlich und forderte die Regierung auf, den Clip aus dem Netz zu nehmen.

Den Film können Sie sich auf folgender Web-Site ansehen:

http://www.youtube.com/watch?v=7_rfpu0e5d4

Der Werbefilm wurde nach wenigen Stunden wieder aus dem Netz genommen. Der stellvertretende Pressesprecher der Bundesregierung Georg Streiter erklärte, dass man den Film nicht aus politischen

Gründen aus dem Netz genommen habe, sondern weil er interne Regeln verletzt. Ein Werbefilm der Bundeswehr sollte laut Vorgaben immer mit „Wort und Bild“ über die Bundeswehr informieren. Da in diesem Werbefilm aber nicht gesprochen wurde, sei der Clip wieder aus dem Netz genommen worden. Inhaltlich Kritik an dem Video verstehen weder Streiter noch der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums Stefan Paris.

<http://www.sueddeutsche.de/w5c38f/323804/Es-fehlen-die-Worte.html>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,798662,00.html>

http://www.focus.de/politik/videos/bundeswehr-werbung-regierung-loescht-baller-video-nach-heftiger-kritik_vid_28193.html

Ulrich Finckh, langjähriges Mitglied der EAK, hat zu dem Video der Bundeswehr einen Kommentar geschrieben, den Sie auf der Seite der EAK unter „News“ lesen können:

<http://www.eak-online.de/>

Bundeswehr benutzt keine Video- oder Computerspiele für Öffentlichkeitsarbeit?

Die Bundeswehr sieht keinerlei Bedarf Video- oder Computerspiele für ihre Öffentlichkeitsarbeit zu verwenden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervor. Allerdings werden den eigenen Angaben zufolge Computer- und Videospiele zur „Interessenbindung“ und „jugendgerechter Unterhaltung“ auf Online-Portalen der Bundeswehr im Rahmen des Personalmarketings angeboten. Das Jugendmarketing der Bundeswehr hat „zur werblichen Kommunikation mit Jugendlichen“ Sportspiele angeboten. Diese und andere Spiele sind unter <https://treff.bundeswehr.de/portal/a/treff> eingestellt und werden dort kostenlos als „Unterhaltungselement“ angeboten. Darüber hinaus wird derzeit das „Serious Game“ „Virtual Battle Space 2“ (VBS 2) auf Eignung erprobt. Eine Spielproduktion ziviler Unternehmen werde durch die Bundeswehr (bisher) nicht unterstützt.

<http://www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/video-und-computerspiele-mit-und-ohne-balkenkreuz-12336.html>

http://www.bundeswehr-monitoring.de/fileadmin/user_upload/media/BT1707599.pdf

Artikel zu den Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr

In der Zeitung „Die Zeit“ wird in dem Artikel „Ein sicherer Job“ über die Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr berichtet, unter anderem auch über die sogenannten „Recruitingbusse“ der Bundeswehr.

<http://www.zeit.de/campus/2011/06/recruiting-bundeswehr/komplettansicht>

Herausforderungen für die Personalgewinnung der Bundeswehr

In einem Artikel in der Zeitschrift APuZ (Ausgabe 48/2011) beschreibt Wenke Apt die „Herausforderungen“ für die Personalgewinnung der Bundeswehr. Zusammenfassend werde das „Rekrutierungspotenzial der Bundeswehr“ dem Artikel zufolge schrumpfen. Neben der demographischen Entwicklung „stellen die Bildungsentwicklung, die wachsende Zahl übergewichtiger junger Menschen, das Absinken der allgemeinen körperlichen Leistungsfähigkeit und der gesellschaftliche Wertewandel Unsicherheiten für die zukünftige Personalgewinnung der Bundeswehr dar.“ Sie denkt im Anschluss daran „Anpassungsstrategien“ für die Personalgewinnung an.

Den Artikel finden Sie unter:

http://www.bpb.de/publikationen/SPV6NO,0,0,Herausforderungen_f%FCr_die_Personalgewinnung_der_Bundeswehr.html#art0

Schulische Bildung der Bewerber für Bundeswehr nicht wichtig

Die Bundeswehr wirbt bei der Nachwuchsgewinnung auch um unqualifizierte Kräfte. Auf der Karriere Seite der Bundeswehr auf Facebook heißt es dazu: „Bei uns erhalten Sie Ihre Chance – auch unabhängig von Ihrer schulischen Qualifikation.“ Die neue Kampagne wird von Opposition und Bundeswehrexperthen kritisiert. Michael Wolffsohn, Professor für Neuere Geschichte an der Bundeswehr-Universität in München, kritisiert dass „die Bundeswehr ohnehin eine Unterschichtenarmee zu werden drohe“.

<http://www.derwesten.de/incoming/werbekampagne-der-bundeswehr-schuert-sorge-vor-unterschichtenarmee-id6052586.html>

Bundesweiter Bildungsstreik

Am 17. November haben Menschen bundesweit für freie Bildung demonstriert. Der Streik stand im Zusammenhang mit den Jugend- und Sozialprotesten weltweit und den „Global Weeks of Action“ vom 07. bis 20. November. Der Streik richtete sich unter anderem auch gegen die Militarisierung der Bildung. Gefordert wurden die Einführung der Zivilklausel und die Abschaffung der Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und einigen Kultusministerien.

<http://www.bildungsstreik.net/aufruf-zum-bildungsstreik-fur-solidaritat-und-freie-bildung/>

Broschüre der LINKEN „Aktiv für den Frieden- Bundeswehr raus aus den Schulen“

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat eine Broschüre „Bundeswehr raus aus den Schulen“ veröffentlicht. Darin finden sich Informationen über Besuche der Bundeswehr in den Schulen und Anregungen, wie Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrende sich bei einem solchen Besuch verhalten können.

<http://christinebuchholz.de/wp-content/uploads/2011/09/1590aac2-23a9-102f-b1de-6667fc76d512.pdf>

Power-Point Präsentation des Bündnisses „Schule ohne Bundeswehr NRW“

Das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ stellt auf seiner Internetseite eine Power-Point Präsentation zur Verfügung, die ins Besondere für Informationsveranstaltungen zum Thema Bundeswehr und Schule gedacht ist. Sie finden auf dieser Seite auch noch weitere Materialien des Bündnisses.

<http://www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de/material/>

Musterbrief zur Verweigerung der Datenfreigabe an das Bundesamt für Wehrverwaltung

Möchte man keine Werbung von der Bundeswehr erhalten, muss man beim Einwohnermeldeamt Einspruch gegen die Weitergabe seiner Daten an das Bundesamt für Wehrverwaltung einlegen. Ansonsten darf das Einwohnermeldeamt persönliche Daten an das Bundesamt übermitteln.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BDA) NRW hat zu diesem Zweck einen Musterbrief erstellt.

http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0866_brief.htm

Lehrerfortbildung zum Thema „Bundeswehr an Schulen“

Das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund bietet vom 18.02.2012 bis zum 20.02.2012 eine Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer zum Thema „Krieg und Frieden und die Bundeswehr- ein Thema für Schulen!?“ mit einer Fahrt nach Dresden und Berlin an. Anlass ist das neu eröffnete militärhistorische Museum in Dresden. Das Programm sieht unter anderem eine Führung durch das militärhistorische Museum in Dresden und das Antikriegsmuseum in Berlin vor. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk:

<http://www.ibb-d.de/>

Newsletter abonnieren:

E-Mail an info@friedensbildung-schule.de.

Die E-Mail-Adressen für den Newsletterversand werden gespeichert und nur für den Versand des Newsletters verwendet.

Wir freuen uns über Weiterleitung des Newsletters an weitere Interessenten.

Newsletter abbestellen:

E-Mail an info@friedensbildung-schule.de

und Sie werden umgehend aus dem Verteiler genommen und Ihre Adressen gelöscht.

Tipps und Anregungen:

Wir sind dankbar über Hinweise auf aktuelle Entwicklungen, Veranstaltungen o.ä. zum Thema „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“, sowie über Artikel und Tipps zur Weiterentwicklung des Newsletters. Bitte senden Sie Ihre Ideen an:

info@friedensbildung-schule.de.

Gastbeiträge:

Gastbeiträge sind herzlich willkommen. Diese Beiträge entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion.

*Ansprechpartner/innen des
Projektes „Friedensbildung,
Bundeswehr & Schule“ sind:*

Projektleitung: Maria Baum

[baum@friedensbildung-
schule.de](mailto:baum@friedensbildung-schule.de)

info@friedensbildung-schule.de

Vertretung: Bernd Rieche

[rieche@friedensbildung-
schule.de](mailto:rieche@friedensbildung-schule.de)